

Rede der Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Maria Nooke zur Übergabe der Sozialstudie an die Präsidentin des Landtags am 24. November 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin des Landtags,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
liebe Kollegin, lieber Kollege vom Berliner Institut für Sozialforschung,
sehr geehrte Mitglieder der Opferverbände, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer an den
Bildschirmen im Livestream!

In der Zeit der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab es zahlreiche Menschen, die sich trotz Repressionen und Verfolgung für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzten. Sie äußerten ihre Meinung öffentlich, kritisierten Missstände, forderten Veränderungen, wehrten sich gegen Bevormundung. Oder sie versuchten, diesen Staat aus politischen und persönlichen Gründen zu verlassen. Der Preis dafür war hoch: Verfolgung und Zersetzung durch die Staatssicherheit, Benachteiligung im Beruf, Verlust von Eigentum und Inhaftierung im Gefängnis.

Diejenigen, die über Jahrzehnte ihre Freiheitsrechte in Anspruch nahmen, haben Entscheidendes dafür geleistet, dass 1989/90 mit der Friedlichen Revolution die Diktatur überwunden und ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat möglich wurde. Sie, die Mutigen der damaligen Zeit, verdienen unsere Anerkennung.

Eine Gesellschaft misst sich auch daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung ihrer Grundlagen geleistet haben.

Daraus folgend stellen sich heute, 30 Jahre nach der Wiedererlangung der Deutschen Einheit, bedenkenswerte Fragen:

- Wie erging es diesen Menschen nach der Wiedervereinigung und wie geht es ihnen heute?
- Welche Folgen hat das erlebte Unrecht bis in die Gegenwart?
- Wie hat es diese Menschen gestärkt, wo hat es zu Nachteilen geführt?
- Wie wirken die seit 1990 etablierten Formen der Anerkennung und Würdigung auf sie?

Diese Fragen stellen sich die Betroffenen, die Opferverbände und die Aufarbeitungsinstitutionen schon seit Jahren. Für das Land Brandenburg beschäftigte sich die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ in den Jahren 2009 bis 2014 mit dieser Problematik. Bei Anhörungen zu Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetzen, zur Rechtspraxis sowie zum gesellschaftlichen Erinnern wurden viele Defizite erkannt. Zugleich zeigte sich, dass die Wissensstände zur Lebenssituation ehemals politisch Verfolgter und ihrer Familien unzureichend sind. So empfahl der Landtag im Jahr 2016 eine Studie zu erarbeiten, die über die Lebenslagen von Menschen, die in der SBZ und DDR politisch verfolgt wurden, Auskunft gibt. Meine Behörde hat dieses Forschungsprojekt umgesetzt und erstmalig auch die Situation der Angehörigen mit einbezogen.

Diese Studie liegt nunmehr vor und ich freue mich, sie heute der Präsidentin des Brandenburgischen Landtages, Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke, überreichen zu können. Zugleich wird sie der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit der Erarbeitung der Studie wurde das Berliner Institut für Sozialforschung beauftragt, bei der Konzeption und der Interpretation der Befragungsergebnisse hat die LAKD eng mit der Auftragnehmerin zusammengearbeitet. Frau Dr. Schulze und Dr. Vogl vom genannten Institut werden im Anschluss konkrete Ergebnisse der Studie vorstellen. An dieser Stelle möchte ich ihnen meinen herzlichen Dank für die außerordentlich faktenreiche Untersuchung aussprechen. Mein Dank geht ebenso an Frau Morawe und Frau Hilliger, die die Erarbeitung der Studie von Seiten der LAKD initiiert und begleitet haben.

Diese Sozialstudie, die eine Vielzahl von Erkenntnissen zu den Lebenslagen ehemals verfolgter Menschen und ihrer Familienangehörigen bringt, hat mehrere Ziele:

Wir wollen diese Männer und Frauen in dem, was sie geleistet haben, würdigen und anerkennen.

Wir wollen ihnen im Namen der Gesellschaft zeigen, dass es für uns alle wichtig ist zu wissen, wie es ihnen nun, 30 Jahre nach der Wiedererlangung der Deutschen Einheit, geht.

Wir wollen auf der Grundlage ihrer Aussagen erfahren, welche langfristigen Auswirkungen politische Repression hat.

Wir wollen von ihrer Stärke, Beharrlichkeit und Resilienz lernen.

Wir wollen Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Unterstützung sie weiterhin brauchen und welche wir ausbauen müssen.

Wir wollen diesen Menschen mehr Öffentlichkeit zuteilwerden lassen, um der jungen Generation zu zeigen, dass es Mut und Beharrlichkeit braucht, um eine Gesellschaft zu verändern und sich für Demokratie und Freiheit einzusetzen.

An der Studie auf Basis einer repräsentativen Befragung beteiligten sich fast 600 Menschen. 533 Fragebögen konnten in die Auswertung einbezogen werden. Die Fragebögen waren sehr umfangreich und die Beantwortung für die Betroffenen nicht immer leicht zu bewältigen, wurden sie doch dadurch erneut mit den damaligen Erlebnissen konfrontiert und um Auskünfte gebeten, die angesichts einer schwierigen aktuellen Lebenslage belastende Gefühle hervorrufen konnten. Ich danke allen, die sich beteiligt haben, weil sie uns damit Einblick in ihr Leben gewährt und wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse ermöglicht haben.

Lassen Sie mich einige ausgewählte Ergebnisse der Studie vorstellen, Dr. Vogl wird nachher noch ausführlicher dazu Stellung nehmen:

1. Die Folgen des politischen Unrechts belasten bis heute

Ein großer Teil der Befragten war in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und/oder DDR von freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen (77%). Der überwiegende Teil der Befragten erfuhr mehr als ein Unrecht (79%). Die damit verbundenen belastenden Erfahrungen haben den weiteren Lebenslauf der meisten nachhaltig beeinflusst. Viele erleben das Unrecht bis heute nicht als vergangen, weil Einschränkungen in vielen Lebensbereichen sie daran erinnern.

2. Belastende gesundheitliche und materielle Folgen sind deutlich

Einen schlechten Gesundheitszustand geben 57 Prozent der Befragten an, insbesondere körperliche und psychische Folgen. Deutlich sind auch die schwerwiegenden materiellen Folgen. Das Unrecht wirkte sich häufig auf die berufliche Laufbahn aus. Verweigerter Bildungschancen oder unterbrochene Erwerbsverläufe führen bis heute zu vermindertem Einkommen. Gesundheitliche Belastungen führen doppelt so häufig zu Erwerbsminderungen als beim Durchschnitt der gleichaltrigen Brandenburger Bevölkerung.

Fast die Hälfte (46 %) der direkt von Unrecht betroffenen Befragten gibt ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 € an. In der Vergleichsgruppe der Brandenburger Bevölkerung sind das mit 21 Prozent nicht einmal halb so viele. 27 Prozent der Befragten haben sogar nur ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 € und leben damit unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung von derzeit 1.135 €.

3. Die Anerkennung des Unrechts gelingt nur teilweise

Die Studie hat sich auch mit der Wirkung von Rehabilitierungs- und Entschädigungsregelungen auf die Betroffenen befasst. Die Aufhebung der damaligen Zwangsmaßnahmen bzw. Urteile durch ein heutiges Gericht oder eine Behörde hat für die Verfolgten eine hohe Bedeutung. Allerdings werden die Unterstützungsleistungen angesichts der häufig schlechten materiellen Lage vielfach als zu gering angesehen. Eine lange Dauer der Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren beeinträchtigt die Gesundheit der Betroffenen außerdem. Der Verfahrensaufwand und geringe Erfolgsaussichten sowie die schwierige soziale Lage halten nicht Wenige von der Beantragung gesundheitlicher Versorgungsleistungen ab.

4. Trotz gesundheitlicher Belastungen engagieren sich die Befragten für die Aufarbeitung

Bemerkenswert ist, dass sich immerhin knapp 20 Prozent der befragten Betroffenen bei der Aufarbeitung der Unrechtsgeschichte einbringen, zum Beispiel bei Zeitzeugengesprächen oder in Zeitzeugeninterviews sowie bei der Teilnahme an Veranstaltungen von Opferverbänden. Das ist angesichts des durchschnittlich hohen Alters der Befragten (69 Jahre) und der gravierenden gesundheitlichen Folgen der Repression alles andere als selbstverständlich. Ich möchte dafür danken und hoffe, dass dies auch Anregung für andere Menschen sein kann, sich gesellschaftlich für die Aufarbeitung von politischem Unrecht zu engagieren. Das ist umso bedeutsamer als es vielen Betroffenen (81 Prozent) sehr wichtig ist, dass das Unrecht nicht vergessen wird. Ein Anliegen, das ich als Aufarbeitungsbeauftragte teile und wofür ich mich mit aller Kraft und vielfältigen Initiativen einsetze.

5. Auch Angehörige der Betroffenen sind heute noch vom damaligen Unrecht belastet

Es ist eine Besonderheit der vorliegenden Sozialstudie, dass sie sich nicht nur auf die politisch verfolgten Menschen, sondern auch auf ihre Angehörigen bezieht. Inzwischen gibt es viele, insbesondere psychologische Untersuchungen darüber, wie sich Belastungen und Traumata auch auf die nachfolgenden Generationen auswirken. An den Ergebnissen der Befragung ist erkennbar, dass zwei Drittel vor allem psychische Folgen nennen, die für gut die Hälfte heute noch belastend sind. Meistens waren es die Eltern, die von Verfolgung betroffene waren, in der Mehrheit durch Haft. Eine solche Situation beeinträchtigt die Kinder in besonderer Weise.

Insofern ist es wichtig, auch das familiäre Umfeld von Opfern politischer Verfolgung und Unrecht in den Blick zu nehmen, wenn es um Unterstützung und Aufarbeitung geht.

Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, wie stark politische Unrechtserfahrungen aus der Zeit vor 1990 bis heute nachwirken. Wir werden betroffene Menschen auch weiterhin aktiv unterstützen und beraten und mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zusammenarbeiten.

Mit der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und ihrer Entfristung ist im Jahr 2019 ein wichtiger Schritt durch den Bundestag getan worden. Allerdings profitieren nicht alle Opfergruppen gleichermaßen und bestehende Ungerechtigkeiten konnten zum Teil nur gemildert, aber nicht aufgehoben werden.

Auch deshalb sollen die Ergebnisse der Studie Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation ehemals politisch Verfolgter und von Systemunrecht betroffener Menschen sein. Dazu bedarf es des Engagements von Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen.

Zu solchen Maßnahmen gehören der Ausbau von Beratungsangeboten, die Zugangserleichterung zum Härtefallfonds, verbesserte monatliche Unterstützungsleistungen und die Einbeziehung weiterer Opfergruppen.

Dazu werde ich mit politisch Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen ins Gespräch gehen und mich mit den Opferverbänden verständigen.

Ich hoffe, dass die Sozialstudie ein breites Interesse findet, insbesondere dort, wo Entscheidungsträger zugunsten der betroffenen Menschen tätig werden können.

Die Studie ist auf unserer Homepage www.aufarbeitung.brandenburg.de zu finden.

Nun übergebe ich die Studie an Sie, Frau Prof. Dr. Liedtke, und danke Ihnen für die kontinuierliche Unterstützung durch Ihr hohes Haus. Ich bin davon überzeugt, dass wir weiterhin im Sinne der Menschen, um die es heute geht, zusammenarbeiten werden.